



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Resolution 01

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 172. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 23.06.2022

ELEMENTARBILDUNG STÄRKEN HEISST KINDER STÄRKEN: BILDUNGSCHANCEN VERBESSERN UND VEREINBARKEIT FAMILIE-BERUF ERMÖGLICHEN

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein gesellschaftliches Schlüsselthema. Ein wesentlicher Faktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Kinderbetreuung. Flächendeckende, qualitätsvolle und leistbare Kinderbetreuungsangebote ermöglichen nicht nur Erwerbsarbeit der Elternteile, sondern bieten Kindern wichtige Chancen für ihre Zukunft.

Die Elementarbildung legt den Grundstein für die Entwicklung und die Potenziale der zukünftigen Erwerbstätigen – Investitionen in elementare Bildungseinrichtungen und Horte sind kostengünstiger, sinnvoller und nachhaltiger als später Versäumnisse aufzuholen. Die vorschulische Entwicklung spielt eine maßgebliche Rolle für die Bildungsverläufe der Kinder, ihre Erwerbschancen und ihr Wohlergehen im Erwachsenenalter. Daher ist Bildung ein gesellschaftlicher Auftrag, der von der öffentlichen Hand zu finanzieren ist.

Der Status quo der Kinderbildung wird dieser hohen Bedeutung nicht im Geringsten gerecht, weder in der Quantität noch in der Qualität. Das Personal steht unter enormen Belastungen: Die schon vor der Pandemie schwierigen Rahmenbedingungen, der Personalmangel und die damit verbundene Arbeitsbelastung etwa durch zu große Gruppen, zunehmender Lärm und zu wenig Zeit für die einzelnen Kinder. Gepaart ist diese Belastung auch mit einer mangelnden gesellschaftlichen Wertschätzung der Beschäftigten. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine Verbesserung der Qualität der Kinderbildung ohne klaren politischen Willen unrealistisch. Viele Gemeinden greifen nicht hin, den Ausbau und entsprechende Öffnungszeiten voranzutreiben, sie scheuen sich vor den langfristigen Ausgaben und fehlendem Fachpersonal – die Bedürfnisse der Familien und der Beschäftigten geraten ins Hintertreffen, andere Gemeinden, die das Angebot gerne ausbauen möchten, bekommen vom Bund nicht genug Geld für die Erhöhung der Qualität.

Das wird leider auch mit der 15a-Vereinbarung für die Jahre 2022/23-2026/27 fortgeschrieben. Für die neue Periode wurde nicht substantiell aufgestockt, der jährliche Zweckzuschuss des Bundes wurde lediglich von 142,5 Mio auf 200 Mio erhöht. Hiervon müssen 80 Mio (im Unterschied zu bisher 70 Mio.) für die Besuchspflicht gemäß Art 5, pro Kindergartenjahr zur Verfügung stehen. Erstmals finden sich in der 15a Vereinbarung Zielformulierungen. Ohne bindende Rahmenbedingungen wird jedoch an dem Problem vorbei investiert, nationale und internationale Erfahrungen zeigen, dass wesentlich auf die Qualität der pädagogischen Arbeit und damit vor allem auf die Arbeitsbedingungen der Elementarpädagogen und -pädagoginnen fokussiert werden müsste.

Wissenschaftliche Erkenntnisse empfehlen die Reduzierung von Gruppengrößen je nach Alter der Kinder in einer bestimmten Gruppenform: Für junge Kinder bis zum 3. Lebensjahr wird ein Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:3 bis maximal 1:6 empfohlen, die Gruppengröße sollte 6 bis max. 12 Kinder betragen. Für Kindergartenkinder im Alter von 3 bis 6 Jahren wird je nach Altersverteilung ein Schlüssel von 1:5 bis max. 1:10 empfohlen. Optimal sind in dieser Altersgruppe etwa 7 Kinder pro Fachkraft und eine Gruppengröße zwischen 14 bis max. 20 Kindern pro Gruppe. In altersübergreifende Gruppen von 1- bis 6-Jährigen sollten max. 15 Kinder, davon höchstens 5 Kinder unter 3 Jahren, sein.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Neben der unmittelbaren pädagogischen Arbeit ist die Implementierung von Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit wie Elterngespräche, Vorbereitung und Planung, Teamgespräche, kollegiale Beratung, Supervision, etc., wesentlich.

Durch die Corona-Pandemie hat sich die ohnehin angespannte Situation in der Elementarpädagogik jedoch nochmals verschlechtert. Bei den meisten Maßnahmen und Pressekonferenzen der Bundesregierung waren die Beschäftigten in der Elementarpädagogik nicht einmal eine Erwähnung wert.

Eine Stärkung der Elementarbildung und mutige Investitionen in diesem Bereich rechnen sich vielfach:

- **Chancengerechtigkeit:** Die frühe Förderung ist die zentrale Voraussetzung dafür, die Talente aller Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund zur Entfaltung zu bringen.
- **Vereinbarkeit:** Nur mit einer ganztägigen, ganzjährigen, qualitativvollen und leistbaren Kinderbetreuung wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lebbar.
- **Beschäftigungsturbo:** Investitionen in Elementarbildung bringen mehr Arbeitsplätze als viele andere Verwendungen öffentlicher Gelder. Investitionen in Bau von Elementareinrichtungen und Horte, direkte Geldleistungen oder Steuererleichterungen bringen nur einen Bruchteil an Beschäftigung.
- **Hohe Rückflüsse:** Der Großteil der Investitionen kommt unmittelbar zurück: Für 100 investierte Euro kommen 70 unmittelbar an die öffentliche Hand zurück. Dazu kommen noch Mittel- und Langfristeffekte durch bessere Vereinbarkeit und mehr Chancengerechtigkeit.
- **Mehr Fachkräfte:** Durch die bessere Vereinbarkeit stehen den Unternehmen und dem Arbeitsmarkt mehr – vor allem weibliche – gut ausgebildete Fachkräfte tatsächlich zur Verfügung.
- **Gleichstellung:** Nur wenn die Erwerbstätigkeit für Frauen in dem von ihnen schon lange erwünschten Ausmaß ermöglicht wird, kann eine Gleichstellung am Arbeitsmarkt Wirklichkeit werden.
- **Attraktivierung des ländlichen Raums:** Ein gut ausgebautes Kinderbildungsangebot macht vor allem ländliche Gemeinden attraktiv für Familien und Unternehmen.
- **Gewinn für die Zukunft:** Kinder, die schon früh einen Kindergarten besuchen, haben mehr Chancen auf bessere Bildung und damit auch auf ein höheres Einkommen, weil damit ein Grundstein in den jeweiligen Bildungsbiografien gelegt wird.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert eine massive Stärkung der Elementarbildung, um die Kinder bestmöglich zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher den Bildungsminister und die Familienministerin auf, folgende Forderungen so rasch wie möglich umzusetzen:

- **1 Milliarde Euro mehr pro Jahr für Elementarbildung**
Österreich investiert bei der Elementarbildung viel zu wenig. Das macht der internationale Vergleich deutlich. Mit Ausgaben von 0,7 % des BIP liegen die Ausgaben weit unter dem OECD-Durchschnitt von 1 %. Mittelfristig kommt im Sozialstaatssystem mehr Geld zurück, als investiert wird: Erstens werden in der Elementarbildung selbst Arbeitsplätze geschaffen und zweitens ermöglicht die bessere Betreuung den Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren.
- **Flächendeckender Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen, mit dem Ziel des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Geburtstag, spätestens 2025.**
- **Eine sofortige Ausbildungsinitiative, um Personallücken ehestmöglich zu schließen:**



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Qualität von Kindergartenplätzen wird nicht ohne genügend qualifiziertes Personal funktionieren. Zusätzlich treten auch in Kindergärten in den nächsten Jahren viele Kolleg:innen ihren wohlverdienten Ruhestand an. Um bis 2025 einen Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag in ganz Österreich umsetzen zu können, müssen schrittweise bis zum Jahr 2023 mindestens 3.000 und bis zum Jahr 2025 mindestens 4.600 Pädagog:innen neu eingestellt werden.

- **Aufnahme von Sozialpartnerverhandlungen für ein Bundesrahmengesetz Elementarpädagogik**
Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, wie problematisch die uneinheitlichen Regelungen in der Elementarbildung und Kinderbetreuung sind. Es braucht eine klare Zuständigkeit auf Bundesebene und die Festlegung einheitlicher, hoher Mindeststandards für die pädagogische Qualität in Form eines Bundesrahmengesetzes. Diese Standards müssen auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten führen.
- **Supervision für Kolleg:innen in der Elementarpädagogik**
Das Supervisionsangebot muss dem Standard für Beschäftigte, die professionell mit Menschen arbeiten, entsprechen und daher stärker ausgebaut werden. Eine zeitnahe, regelmäßige Supervision ist wichtig, um emotionale Belastungen bewältigen zu können.
- **Einführung von österreichweiten Ausbildungen der Assistent:innen, die durchlässig sind und Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu Pädagog:innen ermöglichen.**
- **Nachdem im Rahmen der Verhandlungen zur 15a-Vereinbarung all diese Forderungen offengeblieben sind, müssen sie ehestmöglich im Rahmen der anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen berücksichtigt werden.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich